



Scheitern auf höherem Niveau

Lehren aus dem Protest der Refugees in Österreich

In vielen europäischen Ländern haben sich Refugees zu einer offensiven Protestbewegung zusammengeschlossen. So auch in Österreich, wo die Bedingungen für Asylsuchende ähnlich restriktiv sind wie in Deutschland. Die Bilanz der dortigen Proteste fällt ambivalent aus. Von Ilker Ataç und Monika Mokre



Der Rest ist Rasen...
Spuren des Refugee Camps in Wien

Foto: mundomania.eu

Es begann mit den Aktionstagen der somalischen Refugees Anfang Oktober 2012. Dies war nach langer Zeit die erste selbstorganisierte Protestbewegung von Refugees in Österreich. Auf eine Demonstration in Wien vom Bundesasylamt zum Parlament folgte eine 48-stündige Dauerkundgebung. Die Protestierenden forderten Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus statt subsidiären Schutz, der zu anhaltender Unsicherheit führt. Weitere Kritikpunkte betrafen willkürliche und intransparente Asylentscheidungen sowie telefonisch durchgeführte Sprachidentifizierungsverfahren, welche die somalischen Refugees je nach regionaler Zugehörigkeit in drei Gruppen unterteilen.

Durch diese Aktion bestärkt wurde einen Monat später ein Marsch vom Flüchtlingslager in Traiskirchen nach Wien geplant. Das daraufhin aufgebaute Camp vor der Votivkirche zog viele Refugees aus verschiedenen Ländern an, für die sich dort die Möglichkeit zu Kommunikation bot, wie auch eine bisher nicht erlebte Form der Selbstbestimmung.

Die Repräsentationsfrage war von Anfang an wichtiger Bestandteil der Diskussionen im Camp. Die Teilnehmenden pochten darauf, dass gesellschaftliche Hierarchien und Exklusionen in den täglichen Plena nicht reproduziert wurden: Damit sich alle daran beteiligen und mitentscheiden konnten, wurde viel Übersetzungsarbeit geleistet sowie ein Reißver-

schlussprinzip angewendet. Die Möglichkeit der Selbstrepräsentation wurde nicht nur in den Diskussionen, sondern auch in der Kommunikation nach außen ernst genommen. Das öffentliche Interesse am Camp und die Unterstützung der Zivilgesellschaft waren groß.

Selbstermächtigung

Beim Marsch von Traiskirchen nach Wien waren Forderungen im Mittelpunkt gestanden, die den Alltag im Lager in Traiskirchen betrafen – bessere DolmetscherInnen, besseres Essen, bessere Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Im ersten Monat des Camps wurden diese Forderungen erweitert und politisiert. Besonders brisant war die neue Forderung nach Löschung der Fingerabdrücke, falls in Österreich kein legaler Status gewährt wird. Diese Forderung verweist nicht nur auf ein zentrales Element der Ausgrenzung von Refugees und Sans Papiers – die Grenze, die in den Körper eingeschrieben wird –, sondern auch auf Kämpfe gegen zentrale Kontrolle und für das Recht auf Datenschutz. Es ist jedoch nicht gelungen, diese politischen Forderungen weiter zu radikalieren oder zu konkretisieren.

Im Dezember 2012, noch während des teilweisen Umzugs in die Votivkirche, wurde die Politik immerhin so weit unter Druck gesetzt, dass ein Runder

Tisch mit der Regierung organisiert wurde. Dieser blieb allerdings weitgehend folgenlos. Zugleich begann die Caritas, Zugang und Aufenthalt zur Kirche streng zu reglementieren. Im Nachhinein stellt sich die Frage, ob die Bewegung sich nicht offensiver gegen diese und andere Bemühungen der Vereinnahmung und Administrierung hätte wenden müssen.

Der Hungerstreik in der Votivkirche setzte ein starkes öffentliches Signal, zugleich waren seine Wirkungen ambivalent. Er führte zu enormen gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Hungerstreikenden, täglich wurden Refugees ins Krankenhaus gebracht. In Kombination mit der Regulierung der Situation in der Kirche verstärkte er Spaltungstendenzen zwischen den hungerstreikenden Refugees und denjenigen, die sich dieser Protestform nicht anschließen wollten oder konnten. Nachdem das Camp von der Polizei brutal geräumt wurde, bildete die Votivkirche den einzigen Kulminationspunkt der Bewegung. Von hier aus wurde Anfang Februar 2013 eine beeindruckende Demonstration organisiert.

Für zahlreiche Refugees stellen diese ersten Phasen des Protests – der Marsch von Traiskirchen, die Demonstrationen, die Errichtung des Camps im Zentrum der Stadt, die Besetzung der Kirche sowie der Hungerstreik – die erfolgreichste Zeit der Bewegung dar. Aktionen dieser Art sind in den europäischen Ländern derzeit weit verbreitet. Auf diese Weise bewegen sich die Refugees vom Rande der Gesellschaft in ihr Zentrum und brechen mit ihrer sozialen und politischen Isolation. Damit ermächtigen sie sich zu politischen Subjekten und tragen zu einer Veränderung der dominanten Diskurse und Politikformen bei.

Rückzüge und Rückschläge

Nach Verhandlungen mit Politik, Kirche und Caritas übersiedelten die Refugees im März 2013 in das Servitenkloster. Nach Einschätzung vieler Refugees war dies ein politischer Fehler, der den Protest weitgehend der Öffentlichkeit entzog, da der prominente Ort der Votivkirche aufgegeben wurde. Die Kirche und die Caritas versprachen weitgehende Unterstützung nach der Übersiedlung, doch diese Versprechungen blieben weitgehend uneingelöst. Den größten Schlag gegen die Bewegung stellten dann die Abschiebungen von acht Personen Ende Juli und die

anschließende Kriminalisierung von Teilen der Bewegung mit dem Vorwurf des Menschenhandels dar. Es ist nicht gelungen, mit allen Abgeschobenen Kontakt aufzunehmen, sodass ihr Schicksal unbekannt ist. Die Festgenommenen sind bis heute in U-Haft.

Ende Oktober endete dann auch die Zeit im Servitenkloster, was den Zusammenhalt der Bewegung noch einmal erschwerte. Eine Besetzung der Akademie der bildenden Künste beendete deren unnachgiebige Rektorin schnell. Die studentischen Räume in der Akademie sind allerdings immer noch ein Treffpunkt der Refugees.

Politische Arbeit unter ständiger Bedrohung ist nicht einfach demokratisch zu organisieren

Mittlerweile sind die Refugees auf verschiedene Quartiere aufgeteilt, einige von ihnen leben gemeinsam in einem Haus. Es gibt weiterhin Treffen, doch die Perspektive ist zurzeit unklar. Immer mehr Refugees suchen

nach individuellen Lösungen und werden dabei von SupporterInnen unterstützt. Das Verhältnis zwischen Refugees und SupporterInnen ist nach wie vor sehr eng und solidarisch, zugleich gibt es divergierende Interessen und Einschätzungen, die sich zum Teil aus dem unterschiedlichen Rechtsstatus ergeben. Die Entscheidungsstrukturen sind nur teilweise transparent – was zum Teil der Bewegung anzulasten ist, zum Teil strukturell bedingt ist. Politische Arbeit unter ständiger Bedrohung ist nicht einfach demokratisch zu organisieren.

Erfolgreiche Politisierung

Eine Bilanz des Refugee Protest Camp Vienna nach über einem Jahr fällt ambivalent aus. Gemessen an den Forderungen war das Camp weitgehend ein Misserfolg: Es kam weder zur kollektiven Legalisierung der Refugees noch wurden andere politische Forderungen realisiert. Auch auf individueller Ebene gibt es nach wie vor erhebliche Rechtsprobleme, die eventuell sogar durch das politische Engagement verstärkt wurden. Zugleich erhöhte sich die politische und polizeiliche Repression. Viele Refugees haben in dieser Situation resigniert oder sich aus Angst zurückgezogen. Jedoch lösten die Proteste eine teils sehr intensive öffentliche Debatte aus, die zu positiven wie negativen Zuschreibungen führte, insgesamt aber mehr Verständnis und Kenntnis der Situation von Asylsuchenden hervorbrachte.

Wichtig war in diesem Prozess auch, dass die Refugees in den Medien selbst zu Wort kamen und so in der Lage waren und sind, sich mit ihrer eigenen Stimme an die Öffentlichkeit zu wenden und dabei Netzwerke zu bilden. Selbst wenn die politischen Aktivitäten der Bewegung derzeit in den Hintergrund gerückt sind, lassen sich diese Netzwerke für künftige Aktivitäten mobilisieren. Um politischen Aktivismus und öffentliche Aufmerksamkeit über längere Zeit aufrechtzuerhalten, bedarf es allerdings klarer Strukturen, die transparente Kommunikationsprozesse nach innen und koordinierte Öffentlichkeitsarbeit nach außen ermöglichen. Die Schaffung solcher Strukturen ist nur teilweise gelungen; dies reflektieren die AktivistInnen zurzeit stark.

Für die Refugees und SupporterInnen waren die Teilnahme an der Bewegung wichtige Politisierungsschritte – Empowerment durch politische Partizipation, Zugang zu sozialen und politischen Netzwerken, Brechen der Isolation. Die Bewegung führte zu engen persönlichen Beziehungen. Für die Refugees ergaben sich daraus neue Formen kollektiver und individueller Unterstützung – bei der Suche nach Unterkunft und Arbeit, aber auch nach legalem Aufenthalt. Diese „persönlichen“ Effekte der Bewegung sind unter repressiven Bedingungen nicht zu unterschätzen.

Abschiebungen in der letzten Zeit haben gezeigt, dass nicht nur Asylsuchende bedroht sind, die erst seit kurzem in Österreich sind, sondern auch Personen und Familien nach langem Aufenthalt, mit Jobs und guten Deutschkenntnissen. Eine kontinuierliche breite Kampagne für einen angemessenen Umgang mit Asylsuchenden, Refugees und Sans Papiers und gegen Zwangsmaßnahmen wird daher auch künftig notwendig sein.<

Ilker Ataç
ist Politikwissenschaftler und hat 2013 an der Uni Wien eine Vorlesung zu Flüchtlingsprotesten mitorganisiert.

Monika Mokre
ist Politikwissenschaftlerin und Supporterin des Refugee Protest Camp Vienna.

Die AutorInnen danken allen GesprächspartnerInnen vom Refugee Protest Camp Vienna, insbesondere Salaheddine Najah und Ali Nisar.

